

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVI/238

14. Dezember 1971

Gefahren für den Bundesrat

CDU/CSU will das Länderparlament unfunktionieren

Von Albert Osswald MdL
Ministerpräsident von Hessen

Seite 1 und 2 / 82 Zeilen

Erstarrete Politik gerät in Bewegung

Die deutsche Realität und das Trauma der Union

Seite 3 und 4 / 66 Zeilen

Dr. Rainer Barzel wußte Bescheid

Die CDU/CSU und der Bonn-Moskauer Vertrag

Seite 5 / 37 Zeilen

Technischer Fortschritt und gesellschaftlicher
Nutzen

Die Technologiedebatte im Bundestag wird die
Fronten klären

Von Dr. Volker Hauff MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Bildung
und Wissenschaft

Seite 6 und 7 / 62 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
----- Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 38
Telex: 886 848 / 886 847/
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 86 11

Gefahren für den Bundesrat

CDU/CSU will das Länderparlament umfunktionieren

Von Albert Osswald MdL
Ministerpräsident von Hessen

Seit der Bildung der sozialliberalen Koalition in Bonn sind Innen- und Außenpolitik der Bundesrepublik wieder in Bewegung geraten. Reformpolitik im Innern und Friedenspolitik nach außen treffen auf den gereizten Widerstand einer Opposition, die durch Machtverlust, Führungslosigkeit und den Wandel der politischen Aufgaben zunehmend verunsichert ist. Da die Innenpolitik nicht mehr als Fortschreibung vergangener Entwicklungslinien und Außenpolitik nicht mehr als Fortsetzung des Kalten Krieges betrieben werden kann, werden die konservativen Rezepte unsicher. Stattdessen wächst die Lautstärke des Protestes. Machtverlust und die Unfähigkeit zur Alternative werden in den Unionsparteien durch stramme Obstruktion kompensiert. Das ist der innere Grund der politischen Frontenversteifung, die man als "Polarisierung" bezeichnet.

Die von der Opposition betriebene Politik der Reformblockade war beim Streit über das Städtebauförderungs- und das Renten-anpassungsgesetz, das Gesetz zur Reform des Mietrechts und das Betriebsverfassungsgesetz für den Ruf des Bundesrats abträglich. Bei diesen Gesetzen haben die CDU/CSU-Landesregierungen ihre Minderheit von einer Stimme dazu benutzt, um gegen die Reformgesetze eine gesteuerte Verhinderungspolitik in Szene zu setzen. Ihre wesentlichen Abänderungsanträge waren jeweils identisch mit Oppositionsanträgen, die im Bundestag abgelehnt worden waren.

Durch eine solche Oppositionsstrategie wird der Bundesrat zum Antibundestag, zum Gegenparlament der Volksvertretung umfunktioniert. Das strategische Konzept der CDU/CSU zielt darauf ab, jedes zustimmungspflichtige Reformgesetz, sei es die Steuerreform, die Neuordnung des Familienrechts, das Hochschulrahmengesetz oder das Betriebsverfassungsgesetz, im Bundesrat scheitern zu lassen, wenn nicht ihre Gegeninteressen berücksichtigt werden. Bei dieser parteipolitischen Konfliktstrategie wirkt die Bundesratsmehrheit als politische Reservearmee der Opposition.

Aurückig ist hierbei weniger die Tatsache, daß die CDU/CSU-Landesregierungen mit der CDU/CSU-Bundestagsopposition kooperieren, daß sie ihr parteipolitisches Engagement im Bundesrat kräftig demonstrieren und sich nicht auf die Prüfung der föderalistischen

Sacherfordernisse beschränken. Das entspricht zwar nicht dem traditionellen Gesetzgebungsstil des Bundesrates, kann aber in einem Parteienstaat nicht ausgeschlossen werden. Die CDU/CSU überschreitet aber die verfassungspolitische Toleranzschwelle, wenn sie prinzipiell die Mehrheitsbeschlüsse der Volksvertretung im Sinne der Oppositionspolitik zu revidieren sucht, wenn sie den parteipolitischen Entscheidungsprozeß des Parlaments im Bundesrat wiederholt und durch das Votum ihrer Landescheffe unzufrieden sucht.

Wir können nicht hinnehmen, daß die Institutionen der demokratischen Einigung durch den Konfrontationswillen und die Profilneurose einer Partei derart aufs Spiel gesetzt werden. Auch der Vermittlungsausschuß ist keine Stätte für unbegrenzte CDU/CSU-Zumutungen. Wir lassen uns nicht einem ständigen Kompromißzwang aussetzen, der die Bundesregierung letztlich außerstande setzen würde, das vom Bundestag gebilligte Regierungsprogramm zu verwirklichen. Und schließlich: Wo ist die Redlichkeit der Politik einer Opposition, die im Bundestag höhnisch Reformbilanzen anmahnt, im Bundesrat aber kräftig für Reformdefizite sorgt?

Der Bundesrat hat keine politische Kontrollfunktion gegenüber der Bundesregierung. Er ist die föderalistische Revisionsinstanz der Bundesgesetzgebung. Die Bundesregierung ist allein dem Bundestag verantwortlich. Politische Regierungskontrolle kann im demokratischen Staat nur ein Organ ausüben dessen Mandatsträger in diese Funktion durch Volkswahl berufen worden sind. Dem Bundesrat fehlt hierfür jede demokratische Legitimation. Seine Mitglieder werden nicht gewählt. Sie sind ernannte und weisungsgebundene Vertreter der Landesregierungen. Deshalb kann dem Bundesrat nicht die Aufgabe zukommen, die vom Bundestag gebilligten politischen Grundentscheidungen durch die Politik der Opposition zu ersetzen.

Die Stunde der Wahrheit für eine Oppositionspolitik der bedingungslosen Obstruktion wird bei der Ratifizierung der Ostverträge kommen. Hierbei ist der Wert des Juristenstreits über die verfassungsrechtlichen Hürden der Ratifizierung nicht hoch zu veranschlagen. Für alle Kundigen ist klar, daß die Vertragsgesetze weder einer verfassungsändernden Zwei-Drittel-Mehrheit in den Gesetzgebungsorganen noch der Zustimmung des Bundesrates bedürfen. Der Bundesrat hat nur das Recht, gegen die Vertragsgesetze Einspruch zu erheben, den der Bundestag mit der Mehrheit seiner Mitglieder zurückweisen könnte. Die Opposition sollte auf juristische Vorführungstaktik verzichten. Das deutsche Volk hat ein Recht darauf, daß diese zentrale außenpolitische Entscheidung nicht hinter juristischen Nebelschleiers, sondern offen dort getroffen wird, wo über die politischen Lebensfragen der Nation entschieden werden soll: im Bundestag.

14. Dec. 1971 ka

Erstarrte Politik gerät in Bewegung

Die deutsche Realität und das Trauma der Union

Niemand von uns kann das Verhältnis zur DDR ohne Emotionen und Gemütsbewegungen beurteilen. Die letzten 20 Jahre lasten viel zu schwer auf uns und auf den Beziehungen zwischen Bonn und Ostberlin. Die beiden Verkehrsabkommen allein können diese schweren Belastungen nicht beseitigen, aber sie sind ein handfester Anfang. Es liegt an uns, und natürlich an den Deutschen in Ostberlin und in der DDR, wie sehr und wie weit wir diese ganz große Chance nützen, um die Annäherung entschlossen fortzusetzen und zu einem guten Ende zu bringen, wobei jeder des anderen gesellschaftspolitischen Leben und Wirken unangetastet lassen soll und wird. Aber der Anfang ist gemacht, und es ist, trotz allem, ein guter und ein brauchbarer Anfang.

Gewiß: Wir sind uns alle einig darüber, daß die Abkommen, insbesondere was Berlin selbst angeht, noch nicht ideal und daher auch verbesserungsfähig und auch verbesserungsbedürftig sind. Wir werden vor allem auch die harte Praxis des Alltags abzuwarten haben, aus der beide Seiten ihre Erfahrungen und Lehren zu ziehen haben werden. Aber man muß schon die Verstocktheit von CDU- und CSU-Sprechern aufbringen, um nicht zu sehen und zu sagen, daß die Abkommen den für uns so negativen Status von Westberlin aufgerissen und das zum gegebenen Zeitpunkt Erreichbare auch erreicht haben. Die Isolierung Berlins und die Behinderung des Berlin-Verkehrs gehören der Vergangenheit an, und zwar durch ein frei vereinbartes Abkommen zwischen Bonn/Westberlin und Ostberlin im Interesse Westberlins und Bonns und im Interesse Ostberlins. Diese so gewichtigen Abkommen werden und können nicht ohne adäquate Folgen bleiben, die die Normalisierung zwischen der BRD und der DDR schritt- und stufenweise vorantreiben werden. Und gerade diese zwischendeutsche Normalisierung ist ein Kardinal-

punkt auch der Verständigung zwischen West und Ost.

Die Verkehrsabkommen, die nach einem oft dramatischen Verhandlungsverlauf am 12. Dezember in West- und Ostberlin paraphiert worden sind und in aller Kürze unterzeichnet werden, um so das Vier-Mächte-Abkommen auszufüllen und reif für das Inkrafttreten zu machen, bewirken in ihrem Inhalt und in ihren Formulierungen das heute Mögliche - Wünsche und Forderungen, die mit diesen Abkommen heute und jetzt ein Optimalergebnis erreichen wollen, sind nach der jedem einsichtigen Bundesbürger bekannten Lage der Dinge entweder Trümeereien oder Agitationen.

Diese Feststellung muß so hart und deutlich ausfallen, weil sie von Anfang an die Bildung von politischen Emotionslegenden abfangen soll, die von der CDU und noch mehr von der CSU - und in ihrem Schatten von Unions-beeinflußten Organisationen - in die Welt gesetzt werden. Äußerungen etwa des CDU-Abg. Dr. Werner Marx zielen auf diese Legendenbildung ab, obwohl nicht zuletzt gerade er über die Fakten und die effektiven Möglichkeiten ausgesprochen Bescheid weiß. Dieser Allround-Experte der CDU, der sich immer mehr als Vormann der intransigenten und bewegungsunwilligen CSU in CDU-Bereich betätigt, hat sich ex tunc bemüht in eine Einbahnstraße hineinkamöviert, die es ihm verwehrt, in der von ihm rund um bekämpften Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Bundesregierung auch nur einen positiven Aspekt sehen zu können.

Was die von CDU-Politikern wie von Werner Marx und von der Franz Josef Strauß-CSU gewiesene Antihaltung der Gesamtunion angeht: Wir werden es auch weiterhin mit einer Dauerröngelerei zu tun haben. Ihr haßt immer und auch dann, wenn sie in einzelnen Punkten recht haben sollte, der Ruch der gekränkten Unzufriedenheit darüber an, daß die entscheidenden Vorwärtsschritte der jetzt auch nach Osten gerichteten Entspannungs- und Friedenspolitik von dem sozialdemokratischen Bundeskanzler getan worden sind und weitergehen werden. Das geschichtliche Faktum, daß die Aussöhnung mit dem Osten ohne und, wenn man die offizielle Agitation der CDU und CSU bewertet, offensichtlich gegen die beiden Unions-Parteien erfolgt, ist zum Trauma ihrer Politiker geworden, mit dem sie nicht fertig werden können und das sie auch in den Ansätzen zur Flexibilität hemmt.

(ca/ee/14 12.1971/ogy

Dr. Rainer Barzel wußte Bescheid

Die CDU-CSU und der Bonn-Moskauer Vertrag

Schon vor seiner Moskau-Reise hatte der CDU-CSU-Partei- und Fraktionsvorsitzende Dr. Rainer Candidus Barzel Gelegenheit zur vertraulichen Einsichtnahme in alle entscheidenden Dokumente bekommen, die den deutsch-sowjetischen Vertrag betreffen. Auch die vier Erklärungen, die der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko dem Bundesaußenminister Walter Scheel am 29. Juli 1970 im Zusammenhang mit dem Vertragswerk abgab, blieben dem Oppositionsführer nicht verheimlicht. So dürfte sich Dr. Barzel zu den bestunterrichtetsten Persönlichkeiten zählen können, obwohl er nach außen hin immer den Anschein vermittelt, er sei nicht genügend informiert worden. Es ist wohl anzunehmen, daß Dr. Barzel in seinem dreistündigen Gespräch mit Gromyko nicht mehr erfuhr, als er ohnehin schon wußte, und daß der sowjetische Außenminister ihm dieselben Interpretationen lieferte, die in den vier Erklärungen schriftlich enthalten sind.

Die vier dem Vertragswerk zugefügten Erklärungen - also die Erklärungen einer Weltmacht - sollten, so wäre es nun sehr ernsthaft zu wünschen, den Nebel von Verdächtigungen, gewollten Mißdeutungen und künstlichen Verschleiervungen zerstören, der von den Vertragsgegnern über den deutsch-sowjetischen Vertrag gelegt wurde und die Diskussion über das Vertragswerk belastet. Hier gibt es nichts mehr hineinzugemeinnissen. Es gibt für den, der lesen kann, weder ein sowjetisches Veto gegen eine zukünftige Einigung des nichtkommunistischen Europa, noch gegen friedlich vereinbarte Grenzänderungen, noch gegen eine freilich erst in Zukunft mögliche Wiedervereinigung beider Teile Deutschlands, noch gibt es eine Anwendung der in den UNO-Satzungen enthaltenen Interventionsklausel, die durch das Abkommen über den gegenseitigen Gewaltverzicht illusorisch wird. Über alle diese gewichtigen Fragen verlangte die Opposition eine Klarstellung. Das war ihr Recht und sogar ihre Pflicht.

Diese Klarstellung ist nun erfolgt und sie läßt Mißverständnisse nicht mehr zu. Die Frage freilich, inwieweit sich die Unionen davon in ihrer zurzeit so negativen Haltung zu den den Frieden stärkenden und eine bessere Zusammenarbeit ermöglichenden Ostverträgen noch beeinflussen lassen wird, bleibt allerdings noch offen.

(ae ee 14.12.1971/bcy)

Technischer Fortschritt und gesellschaftlicher Nutzen

Die Technologiedebatte im Bundestag wird die Fronten klären

Von Dr. Volker Hauff MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft

Am Mittwoch wird der Bundestag zum erstenmal in dieser Legislaturperiode über die Technologiepolitik diskutieren. Anlaß für diese Debatte sind zwei große Anfragen der Regierungskoalition und der Opposition. Der Zeitpunkt der Debatte wurde von der Opposition erzwungen, obwohl in wenigen Tagen der "Forschungsbericht IV" vorliegen wird, der auch eine detaillierte Bilanz der Technologiepolitik enthält. Die Opposition wollte auf diese Bilanz nicht warten, weil sie mit Recht zu vermuten scheint, daß sie positiv ausfällt.

Bereits im Vorfeld dieser Debatte wurde auch deutlich, daß die Opposition zu den wichtigen und grundlegenden Fragen der staatlichen Förderung des technischen Fortschritts kein eigenes Konzept anzubieten hat. Sie fordert lediglich höhere Ausgaben, obwohl gerade dieser Bereich in den vergangenen Jahren sehr hohe Steigerungsraten aufwies. Das ist die bekannte kleinkarrierte Taktik der Opposition: Sie überzeugt nicht und kann allenfalls dazu dienen, die eigene Konzeptionslosigkeit zu vertuschen. Dieser Nebel muß auch hier verschwinden.

Die Leistungen der sozialliberalen Regierung auf diesem Gebiet können sich sehen lassen. Das gilt nicht nur für die Neufassung eines Förderungsprogrammes für die Datenverarbeitung in den Jahren 1971 bis 1975, das unter größtmöglicher Beteiligung der Öffentlichkeit entstanden ist; auch die Fortschritte auf den Gebieten der neuartigen Verkehrsmittel (Magnetschwebebahn und Kabinenbahnen im Stadtverkehr) oder die Entwicklung umweltfreundlicher Werkstoffe sind beachtlich. Daneben konnten die schon "klassisch" zu nennenden Bereiche weiter ausgebaut werden: Die deutsche Reaktorindustrie ist heute international konkurrenzfähig, und im Bereich der Fusionsforschung gibt die Bundesrepublik fast so viel Geld aus wie die Vereinigten Staaten von Amerika. Das sind die Tatsachen.

In einem Punkt allerdings scheint es eine klare Meinungsver-

schiedenheit mit der Opposition zu geben: Wenn von ihr behauptet wird, daß die Verwertung von Forschungsergebnissen "nur Aufgabe der Wirtschaft sein kann", so sehe ich darin eine klare Absage an den von der Bundesregierung angestrebten Kooperations-Verbund zwischen staatlichen und industriellen Forschungsstellen. Es ist bedauerlich, daß die Opposition hier den Staat - und damit auch den Steuerzahler - als willenloses Anhängsel der Großindustrie mißbrauchen will. Es gibt doch genügend abschreckende Beispiele, daß das in eine Sackgasse führt. Aber man wird den Eindruck nicht los, daß die Opposition auf diesem Gebiet vor lauter Lobbyismus nicht mehr zum Nachdenken kommt.

Wir Sozialdemokraten werden jedenfalls die Bundesregierung darin unterstützen und ermuntern, daß der technische Fortschritt in erster Linie daran zu messen ist, ob damit ein Beitrag zur Lösung der großen Probleme der Industriegesellschaft geleistet wird. Wir warnen vor einer einseitigen Orientierung der Technologiepolitik an den lautstark vorgebrachten Interessen einzelner Industriebereiche. Die Förderungsmittel müssen in Zukunft schwerpunktmäßig für die Lösung gesellschaftlicher Aufgaben und für die Sicherung chancenreicher Arbeitsplätze eingesetzt werden.

Diese vorsichtige Neuorientierung der Technologiepolitik ist im übrigen kein Alleingang der Bundesregierung. Eine Kommission der OECD ist zu den gleichen Ergebnissen gelangt. Und die Wissenschaftsminister-Konferenz hat sich im Oktober in Paris eine ganz ähnliche Stellungnahme zu eigen gemacht. In Japan sind daraus bereits ganz konkrete Konsequenzen in der Vorbereitung. Schade, daß die Opposition in der BRD das nicht begreifen will. Vielleicht wird ihr die Technologie-Debatte im Bundestag helfen, ihre Lernbarrieren zu überwinden oder wenigstens zu erkennen. Das wäre gut für unseren Staat.

(-/ex. 14. 12. 1971 -ogy)